

Vorstellung des Berichts zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik im Deutschen Bundestag



Heute stellte ich im Deutschen Bundestag den 17. Bericht zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik vor, mit dem sich am Vormittag das Bundeskabinett befasst hat. Der Bericht macht deutlich, wie wichtig die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik für unsere Außenpolitik ist. Sie ermöglicht Wertediskussionen und Wertevermittlung weltweit und ist gerade bei der Prävention von Krisen und Konflikten besonders wertvoll.

Deutschland ist in der Welt hoch angesehen. Letzte Woche hat eine vielbeachtete Studie in den USA neue Bestwerte für Deutschland ausgewiesen. Deutschland wird als vertrauenswürdig, verlässlich, zukunftsorientiert und innovationsfreundlich beschrieben.

In meinem bisherigen Amt als Integrationsbeauftragte der Bundesregierung habe ich mich acht Jahre lang leiten lassen vom Grundsatz „Miteinander reden – nicht übereinander!“ Als Staatsministerin im Auswärtigen Amt möchte ich dazu beitragen, dass dieses in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik tief verankerte Dialogprinzip genutzt wird, um das Deutschlandbild überall auf der Welt noch weiter zu verbessern und zu zeigen, dass gerade die Willkommenskultur in unserem Land besser ist als ihr Ruf.

Außerdem möchte ich in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt auf nachhaltige Netzwerke und langfristige Partnerschaften legen. Gerade in Zeiten rasanter globaler Veränderungen ist das von großer Bedeutung. Beispiel hierfür ist die Partnerschulinitiative: Absolventen Deutscher Auslandsschulen und Partnerschulen nehmen später wichtige Brückenfunktionen zu Deutschland ein. Auch der Studentenaustausch ist mir ein wichtiges Anliegen. So helfen attraktive und gezielte Stipendienprogramme, die Anziehungskraft des Wissenschaftsstandorts Deutschland weiter zu erhöhen. Der globale Wettbewerb um Spitzenkräfte in Bildung und Forschung wird sich weiter verstärken.

Besonders freue ich mich, dass die Nachfrage nach Deutsch als Fremdsprache in 2013 stark gestiegen ist. In Südeuropa verzeichnen wir einen besonderen Nachfrageanstieg – die Goethe-Institute in Madrid und Barcelona platzen aus allen Nähten! Das sollte man im Hinterkopf haben, wenn Medien über Deutschland-Kritik aus Südeuropa berichten – das Bild ist vielschichtiger, als wir oft meinen.

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe CDU-Freunde,*

die letzten Wochen standen bei mir ganz im Zeichen meines Wechsels ins Auswärtige Amt: Der Umzug musste organisiert werden, ich habe das neue Büro bezogen und auch erste personelle Entscheidungen getroffen. Bereits jetzt merke ich, dass das Amt der Staatsministerin im Auswärtigen Amt wie ein Handschuh passt.

Im Januar wurde im Bundeskabinett das Rentenpaket beschlossen. Wir werden dieses nun im Bundestag beraten. Die gute Nachricht: Die Mütterrente kommt zum 1. Juli! Darüber freue ich mich gemeinsam mit 9,5 Millionen Mütter, für die nun endlich eine Gerechtigkeitslücke geschlossen wird.

Vor zwei Wochen konnte ich wieder viele Gäste in Mutterstadt zu meinem traditionellen Neujahrsempfang begrüßen. Nochmals von dieser Stelle allen ein herzliches Dankeschön für ihr Kommen!

Nun wünsche ich Ihnen alles erdenklich Gute und freue mich auf ein Wiedersehen!

Maria Böhmer

Ihr Kontakt zu Maria Böhmer

Wahlkreis:
Bürgerbüro Ludwigshafen
Benckiserstraße 26
67059 Berlin
Tel.: 0621 / 6299 604
Fax: 0621 / 6299 605
maria.boehmer@wk.bundestag.de

Berlin:
Bundestagsbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 - 77575
Fax: 030 / 227 - 76575
maria.boehmer@bundestag.de



Wussten Sie eigentlich schon...?

Die gemeinsame Fraktion von CDU und CSU im Deutschen Bundestag ist nicht nur die mit Abstand größte Fraktion im Hause, sondern ihre Mitglieder erfüllen auch am zuverlässigsten ihre Pflichten. Ablesen kann man das z. B. an der Teilnahme an Abstimmungen im Plenum:

Bei den ersten fünf namentlichen Abstimmungen in dieser Wahlperiode wies die CDU/CSU-Fraktion eine Nichtteilnahmequote (wegen Krankheit usw.) von nur 4,6 Prozent auf. Es folgen Linke und Grüne mit je 6,9 Prozent und die SPD mit 7,8 Prozent Nichtteilnahme.

Auch bei den insgesamt 267 namentlichen Abstimmungen der vergangenen Wahlperiode belegte die Union mit 5,1 Prozent den Spitzenwert, gefolgt von der FDP (6,3 Prozent), den Grünen (7,2 Prozent), der SPD (9,7 Prozent) und den Linken, deren Abgeordnete eine unglaubliche Nichtteilnahmequote von im Schnitt 14,1 Prozent aufwiesen – was wohl kaum mit dem Krankenstand zu begründen sein dürfte!

Bleibt für den weiteren Verlauf der Wahlperiode zu hoffen, dass Linke und Grüne nicht nur lautstark mehr Rechte für Oppositionsfraktionen einfordern, sondern vor allem auch ihre Pflichten gewissenhafter als bisher erfüllen

(Quelle: zusammengestellt aus Angaben der Bundestagsverwaltung)

Die rheinland-pfälzische Landesgruppe: So stark wie nie zuvor!

Die Abgeordneten einer Fraktionen des Bundestages, die aus einem Bundesland kommen, schließen sich zu sogenannten Landesgruppen zusammen. Mit sechzehn Mitgliedern ist die aktuelle CDU-Landesgruppe Rheinland-Pfalz so stark wie nie zuvor. Unter der Führung unseres Landesgruppenvorsitzenden Peter Bleser werden wir auch in den kommenden Jahren gemeinsam die Interessen von Rheinland-Pfalz vertreten.



Bildnachweis: L. Chaperon

v.l.n.r. Antje Lezius, Dr. Andreas Nick, Norbert Schindler, Jan Metzler, Prof. Dr. Maria Böhmer, Bernhard Kaster, Xaver Jung, Peter Bleser, Patrick Schnieder, Ursula Groden-Kranich, Anita Schäfer, Dr. Thomas Gebhart, Erwin Rüdell, Johannes Steiniger, Mechthild Heil, Dr. Michael Fuchs

Übrigens: Bleiben Sie auf dem Laufenden und besuchen Sie mich auch auf facebook: [facebook.com/dr.maria.boehmer](https://www.facebook.com/dr.maria.boehmer)

DATEN UND FAKTEN

Syrienkonflikt

Seit Beginn der Bürgerkriegs-Auseinandersetzungen sind fast drei Jahre vergangen. Mittlerweile sind 9,3 Millionen Menschen innerhalb Syriens auf humanitäre Hilfe angewiesen, nahezu die Hälfte der syrischen Bevölkerung. 2,3 Millionen Syrer sind bisher ins Ausland geflohen. 6,5 Millionen Menschen wurden durch den Konflikt zu Binnenvertriebenen.

Die Aufnahme von Millionen syrischer Flüchtlinge stellt die fragile Region vor enorme soziale und wirtschaftliche Herausforderungen. Aktuell arbeiten 150 Hilfsorganisationen in den fünf Ländern, um die Versorgung der Flüchtlinge zu gewährleisten. Die Vereinten Nationen beziffern den humanitären Bedarf in Syrien für 2014 auf 2,27 Mrd. US-Dollar. Für die umliegenden Länder liegt der Bedarf bei 4,2 Mrd. US-Dollar.

Deutschland gehört zu den größten bilateralen Gebern. Seit 2012 hat unser Land nach Informationen des Auswärtigen Amtes 440 Mio. Euro für humanitäre Hilfsleistungen zu Verfügung gestellt. Neben der Arbeit des UNHCR werden insbesondere Projekte deutscher Nichtregierungsorganisationen unterstützt. Diese Hilfe soll aktuell mit 80 Mio. Euro zusätzlich ausgeweitet werden. 20.000 syrische Flüchtlinge haben seit 2011 in Deutschland Aufnahme gefunden. In einem gesonderten Programm werden 10.000 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge gezielt aufgenommen.

Zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen hat Deutschland die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCA) mit 5 Mio. Euro unterstützt.

Quelle: Auswärtiges Amt, UNHCR

WICHTIGE TERMINE

- ⇒ **Montag-Freitag, 17.-21. Februar 2014**
Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
- ⇒ **Dienstag, 18. Februar 2014**
Arbeitsessen mit Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und Außenpolitikerinnen und -politikern der Bundestagsfraktionen, Berlin
- ⇒ **Dienstag, 18. Februar 2014**
Besuch einer Schülergruppe des Albert-Einstein-Gymnasiums Frankenthal, Berlin